

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich an **den Deutschen Städtetag und** an die Bundesregierung zu wenden, um weitere Schritte zu einer erheblichen Reduzierung der Eigenanteile bereits beim Einzug in eine vollstationäre Pflegeeinrichtung zu fordern.
2. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03049 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 06.09.2022 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
3. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03048 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 06.09.2022 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.